



Karl Rombach (von links) Susanne Eisenmann und Thorsten Frei hören Klaus Martin zu.

Foto: Schück

# Kein Schreiben nach Gehör

Ministerbesuch | Susanne Eisenmann stellt bildungspolitische Ziele vor

»Bildungspolitik ist Landespolitik und das soll auch so bleiben. Wir wollen uns nicht auf Bremer Niveau treffen«, stellte Thorsten Frei fest.

■ Von Felicitas Schück

**Schwarzwald-Baar-Kreis.** Auf Einladung des CDU-Stadtverbandes sprach Susanne Eisenmann, Kultusministerin des Landes, über Bildungspolitik in der Neuen Tonhalle in Villingen. Gleich mehrere Gründerinnen hatte Katharina Frei, diese Veranstaltung zu besuchen. Die Ehefrau des CDU-Bundestagskandidaten Thorsten Frei ist selbst Lehrerin und außerdem Mutter.

Klaus Martin, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes, erklärte in seiner Begrüßungsrede, den Bürgern sei Schul- und Bildungspolitik am wichtigsten. »Wir wissen ihr Anliegen bei Ihnen in den besten Händen«, rief er Eisenmann zu.

Die Kultusministerin zeigte sich vor einem Publikum, unter dem viele Schulleiter, unter anderem aus St. Geor-

gen und Villingen waren, sehr dynamisch und energisch. »Was sich heute in der Grundschule abspielt, ist eine Herausforderung für Lehrer«, sagte Eisenmann, die momentan mit Bundesministerin Johanna Wanka über die Verteilung von fünf Milliarden Euro für die digitale Ertüchtigung von Schulen verhandelt. Sie hatte eigentlich für alle Schularten ein gutes Wort, sogar für die Gemeinschaftsschule, stellte aber nachdrücklich klar, dass die Entscheidung, die verbindliche Grundschulpflicht für weiterführende Schulen wieder einzuführen, richtig sei. »Schreiben nach Gehör ist nicht zielführend«, sagte sie zur Revidierung einer weiteren Entscheidung der Vorgängerregierung. Allerdings hat sich das noch nicht bei den Pädagogischen Hochschulen herumgesprochen, wie am Beitrag einer Lehramtsanwärterin deutlich wurde, die sich beklagte, dass ihr das immer noch so vermittelt werde. »Programmieren in der Grundschule ist nicht zielführend, sondern Lesen, Schreiben und Rechnen sind

wichtiger«, erklärte die Ministerin

Es müsse stärker in den Köpfen verankert werden, »dass Studium und duale Ausbildung absolut gleichwertig sind«, sagte Eisenmann. 75 Prozent der Eltern wählten nach der Grundschule Gymnasium für ihre Kinder. »Aber nicht jedes Kind ist im Gymnasium gut aufgehoben, und wenn sie das Gymnasium verlassen, dann gehen sie runter«, erklärte Eisenmann. Die Durchlässigkeit des Schulsystems funktionieren in Baden-Württemberg. »Sie haben alle Möglichkeiten, die Schularten zu wechseln.« Schließlich machten 40 Prozent der Studienabbrecher anschließend eine Lehre.

Eisenmann will am Gymnasium, einer »äußerst beliebten Schulart« ab 2020 wieder Leistungs- und Grundkurse einführen. Man soll sich dann entweder auf Naturwissenschaften oder auf Deutsch und Fremdsprachen spezialisieren können. »Wer dann null Punkte in einem Fach hat, bekommt kein Abitur«, deutete Eisenmann an. Außerdem

will sie das Fach Informatik ab Klasse 7 einführen.

Die Realschulen seien sträflich vernachlässigt worden, erklärte die Kultusministerin, die diese Schulart wieder stärken möchte.

Haupt- und Realschulen stünden am wenigsten im Interesse der Eliten. Hier will Eisenmann die berufliche Orientierung noch mehr unterstützen.

Die Gemeinschaftsschulen würden von Eltern gewählt, die das besondere pädagogische Konzept dieser Schulen schätzten. Beim Thema Inklusion hält sie Wahlfreiheit der Eltern für entscheidend.

Ein großes Problem ist der Lehrermangel angesichts von 62 Prozent, die sich demnächst zur Ruhe setzen werden. Bei der anschließenden Fragerunde wurde unter anderem nach frühkindlicher Bildung gefragt. Diese werde im Gesamtkontext behandelt, versprach die Ministerin. 630 Millionen Euro vom Bund sollen in die digitale Ausstattung von Schulen fließen, beantwortete Eisenmann eine Frage von Werner Ettwein.